

Haushaltsrede CDU-Fraktion – Dirk Büttner, Fraktionsvorsitzender

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn wir uns auch nur in Europa umsehen, stellen wir fest, dass wir beim Wachstum Schlusslicht sind. Unsere Erwartungen, gemessen an dem sogenannten Potentialwachstum, sind ebenfalls nicht besonders gut. Trotzdem stehen wir vor hohen finanziellen Herausforderungen, denn wir müssen eine außergewöhnliche und auch außergewöhnlich teure Energiepolitik finanzieren, eine nur eingeschränkt einsatzfähige Bundeswehr – angesichts der Bedrohung durch Russland – möglichst schnell auf- und ausrüsten und eines der umfänglichsten Sozialsysteme der Welt bezahlen. Viele Bürger, denen es aktuell noch gut geht, sehen das inzwischen mit Sorge, und das ist einer der Gründe für die Unzufriedenheit der Deutschen mit der Politik. Zusammen mit extremistischen Umtrieben führt das zu einer Gefährdung unserer Demokratie.

Was hat unser Haushalt, was hat der Eppsteiner Haushalt mit Demokratie zu tun?

Nahezu alles, denn die oben beschriebenen Prozesse schlagen in ihrer Finanzierung durch bis auf unsere unterste kommunale Ebene. Eine Kreis- und Schulumlage, die sich um 465 TEUR erhöht ist der Situation geschuldet, u.a. die Kosten der Geflüchtetenunterbringung zu finanzieren und die Kliniken zu stützen. Die Energiewende treibt die Kosten für den ÖPNV in die Höhe, um 300 TEUR steigt hier der Eppsteiner Beitrag. Und die geplante Umstellung der Flotte des MTV auf Elektrobusse steht uns noch bevor, der Zuschussbedarf im Bereich ÖPNV wird weiterhin nur eine Richtung kennen: Nach oben. Dazu noch die Tarifierhöhungen im Personalbereich und das Defizit ist vorprogrammiert.

Dazu ein drohendes Wachstumschancengesetz, da bin ich bei der Einschätzung ganz bei der Kämmerin, die geplante Halbierung der Mindestgewinnbesteuerung ist nachteilig für die Kommunen und nach Einschätzung des hessischen Städtetages zudem für die überwiegende Anzahl der Unternehmen wahrscheinlich auch keine Entlastung. Aus diesem Grund und der generellen Belastung der Unternehmen und Gewerbe haben wir uns seit Jahren gegen eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes ausgesprochen, zähneknirschend und um die Genehmigung des Haushaltsicherungskonzeptes nicht zu gefährden, sind wir äußerst widerwillig bereit, einer Erhöhung um 10 Punkte zuzustimmen. Unser Gewerbe, unser Handel und unser Handwerk brauchen in Zeiten hoher Strompreise, hoher Zinsen, Fachkräftemangel und einem schwierigen Absatzmarkt jede Unterstützung. Ebenso verhält es sich mit der Erhöhung der Grundsteuer B. Auch hier macht die Aufsichts- und Genehmigungsbehörde deutlich, dass eine Anhebung Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit ist. Mit einer Erhöhung um 50 Punkte versuchen wir diese so milde wie möglich ausfallen zu lassen.

Unser vorrangiges Bestreben muss sein, die Hoheit über unseren Haushalt zu behalten. Eine Fremdverwaltung, auch ein weiterer Schwebezustand in der vorläufigen Haushaltsführung, liegen nicht in unserem Interesse. Auch wenn uns die Genehmigungsbehörde enge Grenzen steckt und uns die Kosten für die Pflichtaufgaben knebeln: Das was unsere Gemeinschaft zusammenhält, ist die Unterstützung des Gemeinwesens über die freiwilligen sozialen Leistungen. Die Unterstützung der Vereine, der freiwilligen Feuerwehren, der Kultur, den Veranstaltungen auf der Burg, unser

BürgerBus, das ist der Kitt, der unsere Gesellschaft beieinander hält. Vieles was in der „großen“ Politik passiert ist für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht mehr greifbar. Wer versteht denn im Detail was mit dem Wachstumschancengesetz gemeint ist, wie es funktioniert und wirkt? Was für eine Verunsicherung hat um sich gegriffen, als sich die Regierung in Berlin im Heizungsgesetz verstrickt hat? Welche Auswirkungen hat das Lieferkettengesetz bei uns vor Ort. Wie regeln wir zukünftig Migration? Wie werden wir digitaler und moderner? Die Themen sind wichtig und der Streit darüber verunsichert die Menschen, die Angst vor dem wirtschaftlichen Abstieg eines jeden einzelnen greift um sich. Das führt dazu das der Staat zunehmend als unfähig angesehen wird.

Die Auswirkungen dieser Verunsicherung und Unzufriedenheit erleben wir nur zu deutlich. Menschen werden anfällig für vermeintlich einfache Antworten und Populismus.

Ich warne in aller Eindringlichkeit davor, die Axt an die kommunale Selbstverwaltung zu legen. Eine Kommune mit Pflichtaufgaben zu belegen ohne für eine ausreichende finanzielle Ausstattung zur Erfüllung dieser Aufgaben zu sorgen, spielt in die Hände derer, die extremistisches Gedankengut hegen. Bei unserem Haushalt kann man nicht davon sprechen, in Eppstein würde nicht gut gewirtschaftet. Es handelt sich eben nicht um Missmanagement oder Politikversagen, es ist Systemversagen.

Nimmt man uns die Handlungsspielräume und zwingt uns im Gegenzug zu Sparmaßnahmen bei freiwilligen Leistungen bei gleichzeitigem Drehen an der Hebesatzschraube, und die Hebesätze sind schon mit die höchsten im MTK, wird die kommunale Selbstverwaltung zur Farce. Belastung einerseits und ggf. Streichen von Unterstützung kosten uns das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie als Staatsform. Und das ist brandgefährlich.

Wir brauchen Veränderung. Daran müssen alle demokratischen Parteien auf Bundes- und Landesebene arbeiten, die demokratisch-freiheitliche Grundordnung darf nicht derart ausgehöhlt werden, wie es die kommunale Selbstverwaltung schon ist.

Ich schließe mich dazu ausdrücklich den Forderungen an, die mein Parteifreund, der Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, Sandro Zehner, aufgestellt hat:

1. Wir brauchen eine Konnexitätsklausel im Grundgesetz. Wer bestellt bezahlt auch.
2. Gesetze des Bundes müssen einen Kommunalcheck durchlaufen. Darin muss transparent ausgewiesen werden, was das Gesetz an Belastungen für die Kommunen bedeutet.

Seit Jahren schon erzählen wir uns hier gegenseitig bei den Haushaltsberatungen in aller Einigkeit, dass wir dagegen nicht ankommen, dass es nicht hier entschieden wird, wir nichts tun können. Es ist an der Zeit, dass man uns hört!

Mit unserer ehrenamtlichen Arbeit leisten wir einen wichtigen Beitrag für die Demokratie in unserem Land. Wir sind auch ein Bollwerk gegen Hass und Hetze und ich verlange, dass man uns damit nicht alleine lässt! Es darf nicht sein das wir ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gleichgültig werden, weil wir eh nichts ändern können. Gleichgültigkeit ist der Tod der Demokratie, aber gerade jetzt ist es wichtig für Demokratie einzutreten, Schulter an Schulter mit den Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die sich für die Allgemeinheit einsetzen, die Initiative ergreifen und für die Demokratie auf die Straße gehen. Für die CDU-Fraktion erkläre ich in aller Deutlichkeit: Wir stehen in der Mitte der Gesellschaft, wir stehen für die Mitte der Gesellschaft. Die Mitte der Gesellschaft sind alle Kräfte von konservativ, liberal, freiheitlich über sozial bis grün. Wir verurteilen und stellen uns gegen jegliche Form von Radikalismus, Extremismus und Rassismus. Bei allen unterschiedlichen Politikrichtungen und Betrachtungsweisen in unserem Parlament: Es ist ein gutes Zeichen, dass wir

uns einig sind und eine gemeinsame Resolution auf den Weg bringen. Zwischen Demokraten muss eine Verständigung immer möglich sein. Dazu brauchen wir auch kein Demokratiefördergesetz.

Etwas Positives kann man dem Haushalt abgewinnen: Auch in 2024 wird investiert. Das Bauvorhaben an der Embsmühle ist nicht gefährdet. Für die Infrastruktur, insbesondere den Wegebau sind fast 500 TEUR vorgesehen. Dazu zählen der Rad- und Fußweg Wildsächser Straße, der Radweg zwischen Herrngarten und dem Gewerbegebiet West, der Gehweg Am Brühl/Vor dem Tor, nicht zu vergessen die Starkregenschutzmaßnahmen, um nur ein paar Punkte aufzuzählen. Wasser- und Kanalarbeiten sind mit 900 TEUR eingeplant, die Burg benötigt Ertüchtigung (hier die Mauer im Westzwinger) und was mich als TSG'ler besonders freut: Für 2025 ist ein Zuschuss über 60 TEUR zur Sportplatzsanierung eingestellt.

Die 1. Stadträtin und Kämmerin genießt über die Fraktionsgrenzen hinweg einen untadeligen Ruf, den sie sich u.a. aufgrund ihrer enormen Fachkenntnis erworben hat. Sie hat vehement für die Genehmigungsfähigkeit dieses Haushaltes gekämpft und einen hervorragenden Job gemacht.

Sabine Bergold und Ihrem Team sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses, die mit eigenen Vorschlägen und wiederholtem Durchkämmen des Haushaltes für Einsparungen auch im eigenen Arbeitsumfeld und darüber hinaus gesorgt haben, danke ich im Namen der CDU-Fraktion und werbe um Zustimmung zu diesem Haushalt.

Besten Dank.